

KINDES- UND ERWACHSENENSCHUTZBEHÖRDE

«Die Betroffenen dürfen nicht instrumentalisiert werden»

Guido Fluri war als Kind selbst Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen. Heute kämpft der erfolgreiche Unternehmer für einen starken Kindes- und Erwachsenenschutz – und gegen die politische Stimmungsmache auf Kosten der Betroffenen.

VON SARAH SCHMALZ



Guido Fluri: «Ich finde den Vergleich mit den Verdingkindern grotesk. Und das sage ich explizit als Betroffener des alten Systems.» FOTO: RAISA DURANDI, «TAGES-ANZEIGER»

Neujahrstag 2015. Im zürcherischen Flaach führt die junge Mutter Natalie K. einen schauerlichen Entschluss aus: Sie erstickt ihre beiden Kinder, die nach den Ferien auf Anordnung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) wieder ins Heim gemusst hätten. Zweieinhalb Jahre später soll nun die Unterschriftensammlung für die von SVP-Nationalrat Pirmin Schwander eingereichte Anti-Kesb-Initiative starten. Es ist der Höhepunkt einer Debatte, die seit dem Fall Flaach emotional und oft undifferenziert geführt wird. Guido Fluri ist so etwas wie der Gegenspieler des Anti-Kesb-Netzwerks um Schwander. Bekannt wurde der fünfzigjährige Immobilienhändler als Vater der Wiedergutmachungsinitiative, die 2014 die Wiedergutmachung gegenüber Verdingkindern und Opfern fürsorgerischer Zwangsmassnahmen eingeleitet hat. Fluri führt inzwischen auch die Kescha (Anlaufstelle Kindes- und Erwachsenenschutz). Damit will er zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit der jungen Behörde beitragen.

*

WOZ: Herr Fluri, wie kam es zur Gründung der Kescha?

Guido Fluri: Das habe ich überhaupt nicht gesucht. Die Guido-Fluri-Stiftung, die im Rahmen des Engagements für die Wiedergutmachungsinitiative entstand, war ursprünglich eine Anlaufstelle für Verdingkinder und Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen. Irgendwann wurden wir auch von Leuten überrannt, die sich als Opfer der Kesb sehen. Die Gegner der Kesb machen ja genau damit Stimmung: Sie vergleichen die Kinder, die heute fremdplatziert werden, mit den Verdingkindern von früher. Das hat viele Betroffene in ihren Opfergefühlen bestärkt. Sie nahmen uns als Rettungsanker wahr. Und suchten wohl auch Anerkennung für ihre Geschichte.

Was halten Sie vom Verdingkinder-Vergleich?

Ich finde ihn grotesk. Und das sage ich explizit als Betroffener des alten Systems, das in der Schweiz bis in die achtziger Jahre hinein herrschte. Die Kesb ist ja auch eine Konsequenz der teilweise unhaltbaren Zustände, die mit den Laiengremien in den Gemeinden herrschten. Wenn ich etwa an meinen Fall zurückdenke ...

Sie sind selbst ein Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen.

Meine Mutter war siebzehn, als sie mich bekam. Ich bin das Ergebnis einer Verbindung mit einem verheirateten Mann. Damit war ich von Anfang an versündigt, beschmutzt. «Aus dem Bub wird eh nichts», hiess es. Ich bekam einen gesetzlichen Vormund, und das wars dann. Wie ich wurden damals Tausende uneheliche Kinder von Geburt an stigmatisiert. Kommt dazu, dass es in den Gemeinden keinerlei Datenschutz gab. Der Zuständige von der Vormundschaftsbehörde sass am Stammtisch der Dorfbeiz und plauderte ungehemmt alles aus.

Worüber wurde geredet?

In meinem Fall hiess es zum Beispiel: «Bei deinem Vater musste man auch schon ständig das Geld eintreiben, weil er jahrzehntlang die Alimente nicht bezahlte.» Jeder im Dorf wusste über jeden Bescheid. Auf der anderen Seite hat sich die Gemeinde nicht dafür interessiert, wie es den fremdplatzierten Kindern ging. Ich war damals eine kurze Zeit im Kinderheim Mümliswil untergebracht. Dass die Kinder dort missbraucht wurden, war der Vormundschaftsbehörde egal. Im Gegensatz zu heute hat man sich grundsätzlich nicht damit auseinandergesetzt, was für Auswirkungen eine Heimplatzierung bei den betroffenen Kindern hat. Und dann dieses Souhäfeli-Soudeckeli-Prinzip. Es war doch früher gang und gäbe, dass der Vormundschaftschef einen Vater schützte, weil er ihn aus dem Turnverein kannte. So nach dem Motto «Der mag zwar ein Trinker sein, aber er ist ein guter Turner». Laiengremien taugen also meines Erachtens nicht für den Kindes- und Erwachsenenschutz.

Und mit der Kesb ist nun alles gut?

Natürlich nicht. Die Kesb ist eine junge Behörde, die sich erst etablieren muss. Doch eine Alternative zur Professionalisierung gibt es nicht. Denn wir dürfen auf keinen Fall in die alten Verhältnisse zurückfallen. Deshalb müssen wir die Verfahren und Abläufe der Kesb nun so gut wie möglich ausgestalten. Und genau hier sehe ich meine Aufgabe.

Wozu braucht es die Kescha?

Wir sind eine unabhängige Anlaufstelle, die sachlich eruiert, wo es Verbesserungspotenzial gibt. Ich setze mich durchaus kritisch mit der Kesb auseinander, aber auf eine konstruktive Weise. Und mit dem Ziel, den Kindes- und Erwachsenenschutz zu stärken. Wir hatten bislang rund 500 Fälle. Diese werten wir derzeit in einer Studie mit der Universität Fribourg aus, die Ergebnisse wollen wir im Herbst präsentieren. Betonen möchte ich, dass wir nur in wenigen Einzelfällen feststellen mussten, dass es sich tatsächlich um die ganz schräge Geschichte handelte, die uns erzählt wurde. In den allermeisten Fällen scheint der Entscheid der Kesb gerechtfertigt.

Wie erleben Sie die Menschen, wenn sie sich bei Ihnen melden?

Viele sind geladen, wenn sie sich bei uns melden. Da gibt es oft sehr viel Wut und Misstrauen gegenüber der Kesb, das ist auch ein Resultat der Stimmungsmache der vergangenen Jahre. Unsere Aufgabe ist es, vertrauensbildend zu wirken.

Was heisst das konkret?

Wir klären die Leute über ihre Rechte und Möglichkeiten auf, verteilen Broschüren, vermitteln Kontakte. Dafür arbeiten wir inzwischen mit einem grossen Netzwerk zusammen, etwa mit der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz oder der Kinderanwaltschaft Schweiz. Viele blocken sofort ab, wenn sie das

Wort «Kesb» hören. Es gibt ein latentes Misstrauen. Unser Ziel ist es, dass die Betroffenen in Kontakt mit der Behörde treten. Wir versuchen, ihnen aufzuzeigen, dass es Lösungen gibt. Ich würde sagen, etwa achtzig Prozent sind dankbar für die Hilfe. Und dann gibt es die zwanzig Prozent, die sich versteifen, die nicht aus ihrer Wut herausfinden.

Mit welchen Fällen werden Sie konfrontiert?

Beistandschaften bergen viel Konfliktpotenzial. Gerade gestern hatten wir wieder eine ältere Frau am Telefon, die mit ihrem Beistand nicht klarkommt. Der klassische Fall ist aber der Besuchsrechtsstreit. Sehr oft haben wir es mit Müttern zu tun, die sich weigern, dem Vater das Kind herauszugeben.

... und dann auf die Kesb losgehen?

Ja. Doch die Kesb ist eine Notfallbehörde, die nur einschreitet, wenn es bereits Konflikte gibt und diese so eskalieren, dass Kinder oder Erwachsene gefährdet sind. Bei Scheidungsfällen ist häufig auch Gewalt im Spiel, verbale oder körperliche. Ich sage nicht, dass die Behörde in diesen delikaten Situationen immer richtig verfährt. Aber ich weigere mich partout zu sagen, die Kesb sei an allem schuld. Viele Männer stehen nach einer Scheidung auch finanziell unter Druck, weil sie die Frau bis ins Pensionsalter finanzieren müssen. Wird dann der Trennungskonflikt auch noch über das Kind ausgetragen, eskaliert die Situation.

Wo muss sich die Kesb verbessern?

Die Betroffenen müssen immer spüren, dass die Kesb sie ernst nimmt. Es braucht eine enge, vertrauensbildende Begleitung. Wird im Extremfall einer Mutter ihr Kind weggenommen, fällt sie ins Bodenlose. Das ist wie eine Amputation. Die Mütter sind am Boden zerstört, fühlen sich ohnmächtig. Wir hatten Dutzende von Müttern am Telefon, die mit Suizid drohten. In dieser Situation muss man sie unterstützen und eng begleiten. Dazu braucht es genügend Ressourcen – und vor allem eine offene Kommunikation. In diesem Bereich gab es Versäumnisse.

Man hat sich also nicht genügend mit den Betroffenen auseinandergesetzt?

Man hat etwa vorübergehende Fremdplatzierungen in schriftlichen Beschlüssen mitgeteilt, ohne dass die Eltern zuvor wirklich verstanden hätten, was genau passiert. Es ist aber von zentraler Bedeutung, dass man den Betroffenen genau erklärt, was das Ziel einer Intervention ist. Eine Fremdplatzierung passiert heute ja erst als letzte Massnahme. Man muss den Betroffenen klar kommunizieren, was es braucht, damit die Kinder im Elternhaus bleiben oder wieder zurückkommen können. Das Ziel muss sein, die Mutter oder den Vater von Anfang an mit ins Boot zu holen. In diesem Bereich hat sich die Kesb bereits stark verbessert. Aber wie gesagt, es ist alles auch eine Ressourcenfrage. Das zeigt sich auch bei den Beistandschaften.

Inwiefern?

Eine Beistandschaft kann ein starker Eingriff in das Leben der Betroffenen sein. Wer diese sensible Arbeit macht, muss von seinem Hintergrund her dazu in der Lage sein, und er muss entsprechend ausgebildet werden. In der Aus- und Fortbildung hat es grosse Fortschritte gegeben. Doch die Fallzahl pro Beistand ist nach wie vor viel zu hoch. Ein Beistand muss oft mehr als hundert Beistandschaften gleichzeitig betreuen.

Um das zu ändern, müsste mehr Geld gesprochen werden.

Ja, damit sind wir bei der politischen Dimension der Geschichte. Die Kantone und Gemeinden bräuchten mehr Ressourcen. Genau das aber wollen die Kesb-Gegner nicht. Ich werfe im Moment Hunderttausende von Franken für die neue Beratungsstelle auf. Das Ziel muss aber sein, dass die involvierten Fachpersonen die betroffenen Menschen auffangen können.

Wir leben in einer immer komplexeren Gesellschaft. Familien stehen heute stärker unter Druck als früher: Die zunehmende Reizüberflutung, die steigenden Anforderungen in der Arbeitswelt, das wirkt sich aus. Dazu sind gesellschaftliche Konventionen weggefallen, die Familien früher zusammenhielten. Wir haben mehr Scheidungen – und damit zwangsläufig auch mehr Konflikte. Dieser Realität müssen wir als Gesellschaft gerecht werden. Sonst kommt es zu einem zweiten Fall Flaach. Und zu einem dritten. Die Kesb-Gegner hingegen propagieren eine vermeintlich heile Welt, die es längst nicht mehr gibt.

Was für eine Welt?

Sie propagieren ein Familienidyll, in dem es keinen Streit gibt, sondern nur Eintracht. Die Dorfidylle, Vater, Mutter, Kind. Die Schattenseiten der Vergangenheit werden ausgeblendet. Doch die Schweiz hat sich gewandelt. Wer glaubt, dass es reicht, wenn sich der Handwerker nach getaner Arbeit um 15 Uhr noch in die Vormundschaftsbehörde setzt, der sitzt einer Illusion auf.

Stehen Sie eigentlich in Kontakt mit Kesb-Gegnern wie Pirmin Schwander oder Bruno Hug?

Es hat Treffen gegeben, ja. Man wollte vermutlich ausloten, auf welcher Seite ich stehe. Ich wollte mich aber nicht vereinnahmen lassen.

Auch Pirmin Schwander betreibt eine Anlaufstelle für Kesb-«Opfer».

Ich will nicht über Personen sprechen und begrüsse es grundsätzlich, wenn man den Betroffenen Hilfe bietet. Was manche Gegner der Kesb machen, hört sich für die Betroffenen auch gut an. Doch die Frage muss sein: Hilft dies den Menschen am Ende tatsächlich? Ich appelliere an die Verantwortung aller Akteure und finde es wichtig, dass betroffene Menschen nicht für politische Zwecke instrumentalisiert werden.